

Keine Ruhe für Semmelweis!

von Alexander Schöpf aus Wien-01 Innere Stadt



Währing-Chef Karl Homole fordert mehr Mitspracherecht für den 18. Bezirk bei der zukünftigen Nutzung des Semmelweis-Areals

Die Währinger VP und die Bezirks-Grünen sorgen sich um die Zukunft der Semmelweisklinik und des dazugehörigen Geländes. Die beiden Parteien fordern, dass die Informationspolitik seitens der Stadt verbessert und mehr Transparenz geschaffen wird.

Sobald das Krankenhaus Nord im Jahr 2015 fertiggestellt ist, wird die Semmelweisklinik in Gersthof geschlossen. Das ist fix. Was aber danach mit dem Areal, auf dem die Klinik steht, geschieht, darüber kann nur spekuliert werden. Unter den Anrainern geht die Angst um, dass das Gelände an eine Immobilienfirma veräußert und bebaut wird.

Als Indiz für diese Vermutung sehen die Anwohner die Fällung einiger Bäume in den letzten Wochen und Monaten. Wie die bz erfuhr, wurde bereits im Jahr 2007 der Bescheid für diese Fällungen erlassen, Schäden festgehalten und Ersatzpflanzungen vorgeschrieben.

Die Währinger Grünen und die Bezirks-VP beschäftigen sich ebenfalls intensiv mit dem Thema und stellten in der Bezirksvertretungssitzung am 2. März wieder Anträge an die Stadt Wien, um die Interessen der Bewohner und Anrainer zu wahren.

Die Grünen wollen von der zuständigen Stadträtin Sonja Wehsely (SP) wissen, wie viele Bäume gefällt wurden. Der KAV als Teileigentümer erklärte bereits in einer Stellungnahme, dass einige Bäume Schäden aufwiesen und die Sicherheit der Besucher nicht mehr gegeben war. Die Volkspartei stellte hingegen einen Antrag, dass eine zentrale Planungsstelle als Ansprechpartner für die Nachnutzung des Semmelweisgeländes bestimmt wird.

Bisher wird das Areal nämlich von drei Magistratsabteilungen verwaltet und auch dem Wiener Krankenanstaltenverbund (KAV) gehören Teile der Anlage. „Es ist wichtig, dass auch der Bezirk miteinbezogen wird. Uns wurde dies auch zugesagt und nun ist es Zeit, Nägel mit Köpfen zu machen“, erklärt Bezirksvorsteher Karl Homole (VP). Die Position der Währinger Volkspartei ist klar: Sie wollen eine Einbeziehung der Bürger. „Es ist wichtig, dass nicht etwas gebaut wird, das die Bewohner gar nicht wollen. Die Stadt muss sich nun bekennen.“

Manuela Mähr